

FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN

163. Tagung der Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
am 29. Oktober 2014

Antrag 05

Solarstromförderung über garantierten Einspeisetarif

Die Arbeiterkammer Wien spricht sich für eine Solarstromförderung über einen garantierten Einspeisetarif für eine Strommenge bis zu 50.000 kWh/Jahr und Anbieter aus.

Die Förderung von Alternativenergien und somit auch des Solarstroms ist weiterhin notwendig, um den Ausstieg von den fossilen Energieformen und vor allem der Atomkraft möglichst rasch zu vollziehen. Wenn die ohnehin schon bescheidenen Vorgaben der Klimaziele von der EU auch erreicht werden sollen, führt am raschen Ausbau der alternativen und nachhaltigen Energie kein Weg vorbei.

Nun möchte allerdings die EU die Förderrichtlinien ändern, und statt einem geförderten fixen Einspeisetarif bei Solarstrom nur die Betriebe fördern, die diesen Solarstrom erzeugen. Diese Praxis würde aber große Erzeuger bevorzugen, da diese Förderung nur über eine Ausschreibung erhalten werden kann, die kleine Erzeuger überfordert und benachteiligt.

Eine Beibehaltung der Solarstromförderung über den Einspeisetarif erscheint daher sinnvoll. Allerdings sollte der garantierte Einspeisetarif nur für eine Strommenge von 50.000 kWh/Jahr und Anbieter garantiert werden. Darüber hinaus gelieferte Strommengen unterliegen dann der marktkonformen Preisgestaltung.

Durch diese Art der Förderung werden kleine und mittlere Solarstromerzeuger mehr gefördert als Großanlagen, was für die regionale Stromversorgung ein Vorteil wäre, da es dem politisch angestrebten Prinzip der dezentralisierten Energieautonomie entgegenkommt. Auch werden dann Monstieranlagen, die das Landschaftsbild zerstören und nun zunehmend von Hedgefonds als Anlageform entdeckt werden, nicht auch noch gefördert, was gerade in einem Tourismusland wie Österreich, dessen schöne Landschaft wertvolles Kapital darstellt, für die nationale Ökonomie nicht sinnvoll sein kann. Abgesehen von den tatsächlich anfallenden kaum budgetierbar hohen Kosten der Förderung müssten langfristig auch Folgekosten durch Tourismuseinbussen einberechnet werden.